



34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Gremium: Ausschuss für Gesundheit und Soziales
Sitzungstermin: Dienstag, 24.04.2012, 18:00 Uhr
Ort, Raum: City Quartier der Deutschen Seniorenstift
Gesellschaft, Friedrich-Engels-Str. 92, 14473
Potsdam

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.03.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Vorstellung des Pflegewohnstifts "City-Quartier" der Deutschen Seniorengesellschaft
- 3 Informationen der Verwaltung
- 4 Berichte aus den Beiräten
- 5 Bericht über den Gesundheits- und Sozialgipfel 2011
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Mietspiegel Fraktion BürgerBündnis
- **Wiedervorlage** -
12/SVV/0082
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Puschmann
Herr Jan-Peter Schmarje

Seniorenbeirat
Behindertenbeirat

entschuldigt
entschuldigt

Gäste:

Herr Frank Thomann
Frau Nadine Schollbach
Herr Jörg Bindheim
Frau Anke Latacz-Blume
Herr Hans-Joachim Böttche
Frau Magdolna Grasnack
Frau Martina Spyra

Jobcenter der Landeshauptstadt Potsdam
Jobcenter der Landeshauptstadt Potsdam
Jobcenter der Landeshauptstadt Potsdam
FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Bereich Wohnen
Beauftragte für Migration und Integration
Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bericht über die Arbeit des Jobcenters Potsdam - Rückblick und Ausblick
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Mietspiegel
Vorlage: 12/SVV/0082
Fraktion BürgerBündnis
- 5.2 Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2012-2015
Vorlage: 12/SVV/0088
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 6 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 14.02.2012

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Schulze teilt mit, dass Herr Puschmann und Herr Schmarje für die heutige Sitzung entschuldigt sind. Somit entfallen die Berichte von Seniorenbeirat und Behindertenbeirat.

Herr Puschmann hat Frau Spyra eine kurze schriftliche Zusammenfassung der letzten Sitzung des Seniorenbeirates zukommen lassen, die als Anlage zum Protokoll ausgereicht wird.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Informationen der Verwaltung

Koordinierungsstelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderung

Frau Müller-Preinesberger verweist auf den Beschluss 11/SVV/0404 „Koordinierungsstelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderung“ und macht deutlich, dass die Einrichtung einer Koordinierungsstelle speziell für Kinder und Jugendliche mit Behinderung der UN- Behindertenrechtskonvention widerspricht. Um den Beschluss umzusetzen, soll eine Servicestelle (Bürgerservice) für soziale Fragen eingerichtet werden. Dies wird eine Anlaufstelle für alle Menschen in der LHP, in der der Bürger umfassend zu sozialen Fragen beraten werden kann.

Die Verwaltung wird zum Juni 2012 eine Mitteilungsvorlage mit der entsprechenden Zeitschiene vorlegen.

Der Ausschuss erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Funktionaler Analphabetismus – Verständigung zum Umgang

Frau Latacz-Blume informiert, dass die LHP mit der Allianz am Schlaatz im Gespräch ist, das Lerncafé im Familienzentrum am Schlaatz im Rahmen der Projektförderung „Stärken vor Ort“ weiterzuführen.

Freiwilligenpass

Frau Latacz-Blume informiert, dass seit Einführung des Familienpasses durch das Land Brandenburg im Mai 2010 durch die Staatskanzlei bisher 1.407 Pässe brandenburgweit ausgereicht wurden. Davon entfallen 93 Freiwilligenpässe auf Potsdamerinnen und Potsdamer. Dies entspricht einem Anteil von 18,7 %.

Belegungsbindung

Frau Müller-Preinesberger erinnert an die Zusage in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, heute über die Ergebnisse der Beratung mit dem MIL bezüglich der Belegungsbindungen zu informieren. Diese Gespräche sind noch nicht abgeschlossen, nehmen aber einen positiven Verlauf.

zu 3 Berichte aus den Beiräten

Migrantenbeirat

Frau Ngo informiert, dass Frau Kindelberger einstimmig als neue Vorsitzende des Migrantenbeirates gewählt wurde. Des Weiteren hat sich der Migrantenbeirat in seiner letzten Sitzung zur Sprachförderung in Kindertagesstätten verständigt. Die Fortschreibung des Integrationskonzeptes wurde besprochen. Es erfolgte eine Abstimmung über die Jurymitglieder für die Verleihung des Integrationspreises im September 2012.

zu 4 Bericht über die Arbeit des Jobcenters Potsdam - Rückblick und Ausblick

Herr Thomann (JLP) gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation, die allen Ausschussmitgliedern mit den Sitzungsunterlagen zugesandt wurde, einen Rückblick über die Arbeit des Jobcenters im Jahr 2011 sowie einen Ausblick auf die Schwerpunkte für 2012.

Er erläutert die Eckpunkte der Förderinstrumentenreform zum 01.04.2012 und bietet an, die Änderungen im SGB II und SGB III den Ausschussmitgliedern bei Bedarf zur Verfügung zu stellen.

Frau Anlauff fragt ob es eine statistische Erfassung darüber gibt, wie viele Menschen nach einer Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt wieder im Leistungsbeereich des SGB II landen.

Herr Thomann sagt zu, diese Angaben als Anlage zum Protokoll nachzureichen.

Frau Laabs fragt, ob es auch Gedanken dahingehend gibt, Menschen zu helfen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, um für diesen Personenkreis die Integrationsmöglichkeiten zu verbessern. Sprachbarrieren sind oft ein Problem.

Herr Thomann weist darauf hin, dass Dolmetscher mitgebracht werden können

oder auch vor Ort zur Verfügung stehen.

Herr Besancon bittet um Auskunft, wie vielen Widersprüchen und wie vielen Klagen stattgegeben wurde.

Herr Thomann erklärt, dass ca. 36 % der Widersprüche stattgegeben wird. Die Klageverfahren werden zu ca. 60 % durch die Kunden gewonnen. Aber nur 0,8 % der Klagen bezogen auf Verwaltungsbescheide führen zum Erfolg.

Frau von Pawelsz-Wolf verweist auf die Gruppe der Alleinerziehenden und fragt ob es hier Vermittlungsprobleme gibt, weil diese die Kinder nicht in Kitas unterbringen können. Sie hat Kenntnis von einem Einzelfall, bei dem dies ein Problem bei der Vermittlung war.

Herr Thomann verneint dies. Aufgrund der guten Zusammenarbeit mit LHP ist dies in Potsdam kein Problem.

Frau Müller-Preinesberger bittet darum, dass bei derartigen Einzelfällen immer direkt der Kontakt zu Frau Elsaßer (Kita-TIPP) oder zu Herrn Schweers aufgenommen wird. In der Regel werden für Einzelfälle auch für besondere Zeiten die entsprechenden Möglichkeiten gefunden.

Frau Basekow spricht die Übersetzung in die leichte Sprache an und macht deutlich, dass die Bescheide des Jobcenters an ein Übersetzungsbüro in leichte Sprache übergeben werden sollten.

Herr Thomann weist darauf hin, dass diese dann nicht mehr rechtssicher sind. JLP setzt darauf, dem Kunden bei Bedarf den Bescheid direkt zu erklären. Seines Wissens nach gibt es auf Landesebene eine Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Thema befasst.

Herr Lack weist darauf hin, dass der Mitteldurchlauf für Kosten der Unterkunft im gleichen Zeitraum wie die Arbeitslosenquote gesunken ist. Er fragt, ob es hier einen Zusammenhang gibt.

Herr Thomann erklärt, dass dies nicht zu vergleichen ist und weist auch auf die gestiegenen Mieten hin.

Frau Müller-Preinesberger stimmt der Aussage zu, dass die Mieten gestiegen sind. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist aber gesunken und müsste sich in den Kosten der Unterkunft widerspiegeln. Sie teilt mit, dass die Zahl der sog. „Aufstocker“, die keine Leistungen durch JLP erhalten, aber Kosten der Unterkunft erhalten, gestiegen ist. Dies bleibt bei den Kommunen hängen. Hier gibt es kaum eine Möglichkeit der Steuerung.

Frau Ngo spricht den § 16c SGB II an und fragt nach dem Unterschied zwischen dem neuen und dem altem Instrument der Förderung von Arbeitsverhältnissen. Diesbezüglich regt sie ein Treffen mit den verschiedenen Migrantengruppen an.

Herr Thomann bietet an, die Möglichkeiten der Förderungen im Migrantensbeirat vorzustellen.

Herr Besancon spricht die Widersprüche gegen Ermessensentscheidungen an und fragt, wie über eine Hotline dem Kunden erklärt werden soll, warum diese Entscheidung getroffen wurde.

Herr Thomann erklärt, dass über eine Hotline in diesem Fall nichts erklärt wird. Die Schiedsstelle hat den Auftrag, auf den Kunden zuzugehen und in den Dialog zu treten.

Frau Dr. Lotz hat erfahren, dass durch das Jobcenter die Kosten für Erlangung einer Fahrerlaubnis bei Kunden übernommen werden, obwohl diese bereits eine Ausbildung abgeschlossen haben.

Herr Thomann erklärt, dass für Kunden mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung die Kosten für die Erlangung einer Fahrerlaubnis nicht übernommen werden.

Frau Schollbach (JLP) ergänzt, dass die Kostenübernahme dann erfolgt, wenn z.B. ein Kunde nachweisen kann, dass ein Arbeitsvertrag in Aussicht steht und ein Führerschein nachweislich dringend benötigt wird, um die Arbeit aufnehmen zu können.

Frau Schulze spricht den Fall an, wenn ein junger Mensch gerade seine Ausbildung beendet hat und als Bedingung der Übernahme die Erlangung eines Führerscheins gefordert wird.

Frau Schollbach erklärt, dass hier immer im Einzelfall sehr genau geprüft wird. Im Integrationsbereich sind Pauschalaussagen sehr schwer möglich.

Frau Schulze fragt, ob es konkrete Zielgruppen für das Jahr 2012 gibt.

Herr Thomann antwortet, dass Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Familien mit Kindern und Alleinerziehende im Mittelpunkt stehen.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Mietspiegel Vorlage: 12/SVV/0082 Fraktion BürgerBündnis

Frau Busch bringt den Antrag ein und macht deutlich, dass sie hier eine andere Sichtweise als ihre Fraktion hat.

Frau Anlauff empfiehlt, den Antrag in der Fraktion zu beraten.

Herr Fröhlich schließt sich dem an.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass bereits nach unterschiedlichsten Kriterien differenziert wird. Die Verwaltung plädiert dafür, diesen Antrag in der Fraktion zu beraten, da dieser sonst abgelehnt werden sollte.

Frau Barbara Müller fragt, was ein statistischer Bezirk ist.

Herr Böttche erläutert, dass darunter die kleinsten auswertbaren Bereiche verstanden werden.

Frau Barbara Müller bittet, die Orientierungshilfen zu konkretisieren.

Frau Busch schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und in der Fraktion zu beraten.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Somit ist der Antrag zurückgestellt.

zu 5.2 Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2012-2015

Vorlage: 12/SVV/0088

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Grasnick gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation Erläuterungen zur vorliegenden Drucksache.

Sie weist darauf hin, dass die nächste Integrationskonferenz am 30.05.2012 mit dem Schwerpunktthema „Arbeitsmarktintegration“ durchgeführt werden soll, Abschließend dankt sie der Steuerungsgruppe für die Unterstützung bei der Erarbeitung des umfangreichen Materials.

Herr Fröhlich spricht ein großes Kompliment aus, für den gelungenen Beteiligungsprozess.

Er weist darauf hin, dass ambulante Wohngemeinschaften für Migranten eingerichtet werden sollten, um die Situation in der Gemeinschaftsunterkunft zu entlasten.

Frau Dr. Herzel dankt allen Beteiligten für den inhaltsstarken Bericht, in dem sehr viel Arbeit und viele Informationen stecken.

Sie spricht die Wohnsituation, aber auch die Sprachförderung an.

Frau Müller-Preinesberger erklärt zur Aufenthaltsdauer in der Gemeinschaftsunterkunft, dass die LHP bemüht ist, die Menschen schnellstmöglich in Wohnungen unterzubringen. Eine Analyse hat ergeben, dass aufgrund der wohnungsähnlichen Situation in der Gemeinschaftsunterkunft ein angenehmeres Wohngefühl besteht. Hier muss genau geprüft werden, wie die Menschen dazu bewegt werden, in eigene Wohnungen zu ziehen. Diesbezüglich muss gemeinsam nach einer Lösung gesucht werden und ggf. eine Begleitung erfolgen.

Frau Grasnick macht deutlich, dass an erster Stelle das Erlernen der Muttersprache stehen sollte und dann die zweite Sprache entwickelt werden muss. Hierzu gibt es bereits sehr gute Regelungen.

Frau Dr. Herzel fragt, ob es größere Probleme gibt, weil zusätzliche Deutschstunden für Kinder mit Migrationshintergrund für Vertretungsstunden abgezogen werden.

Frau Anlauff fragt nach der Sprachkursversorgung in der Gemeinschaftsunterkunft. Wie ist aktuell die Begleitung für die Abgänger? Wie lange werden sie von wem geleitet?

Frau Grasnick antwortet, dass im Wohnheim konkret für Kinder Nachhilfe im Sprachkurs gegeben wird. Für Erwachsene werden ehrenamtlich Sprachkurse durchgeführt. Es gibt einen Förderfonds für Sprachförderung dafür. Die Volkshochschule gibt Deutschkurse für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit einem Preisnachlass bis zu 75 %.

Des Weiteren besteht ein Anspruch auf einen Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr. Beim Diakonischen Werk gibt es 2 Sozialarbeiterstellen zur Begleitung beim Aus-

zug aus der Gemeinschaftsunterkunft. Ziel ist hier die Befähigung zur Selbständigkeit.

Herr Fröhlich informiert, dass die Fortschreibung des Konzeptes auch weiter betrieben werden soll. Für Hinweise ist die Arbeitsgruppe dankbar. Es gibt monatliche Sitzungen, auf denen die Themen bearbeitet werden.

Frau Grasnick bittet um Ergänzung des Beschlusses um den Fußnotenvorschlag Seite 40, Ziff. 3.1.2

„Zum Personenkreis der Flüchtlinge gehören entsprechend dem Landesaufnahmegesetz des Landes Brandenburg:

1. Ausländer, denen nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes eine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis erteilt wird;
2. Ausländer, denen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird
 - a. zur Aufnahme aus dem Ausland nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes,
 - b. durch die oberste Landesbehörde nach § 23 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes oder
 - c. zum vorübergehenden Schutz nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes;
3. Asylbewerber im Sinne von § 1 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes;
4. Ausländer,
 - d. denen aus humanitären Gründen nach § 25 Abs. 3 in Verbindung mit § 60 Abs. 7 des Aufenthaltsgesetzes eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird,
 - e. denen nach § 25 Abs. 4 oder 5 des Aufenthaltsgesetzes eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird oder
 - f. bei denen die Abschiebung nach § 60 a des Aufenthaltsgesetzes ausgesetzt wird.“

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die so ergänzte Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2012-2015

Einschließlich der Ergänzung der Fußnote auf Seite 40, Ziff. 3.1.2 zum Begriff „Flüchtling“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 6 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Frau Schulze informiert, dass sie die in der letzten Sitzung zugesagte Komprimierung der Themenschwerpunkte zeitlich nicht geschafft hat, dies aber zur April-Sitzung nachholen wird.

Sie schlägt vor, dass Herr Meck in der April-Sitzung über den Gesundheits- und Sozialgipfel 2011 informiert.

Frau Schulze schlägt vor, die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales in der neuen Einrichtung der Deutschen Seniorenstiftgesellschaft am Hauptbahnhof durchzuführen.

Dagegen erhebt sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 24. April 2012, 18:00 Uhr

**Jana Schulze
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

An die Mitglieder

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /
des Ausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung 34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales		
Datum 24.04.2012	Uhrzeit 18:00 Uhr	Sitzungsort „City Quartier der Deutschen Seniorenstift Gesellschaft, Friedrich-Engels-Str. 92, 14473 Potsdam

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende/r



öffentlich

Betreff:
Mietspiegel

Einreicher: Fraktion BürgerBündnis

Erstellungsdatum 01.02.2012

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen qualifizierten Mietspiegel für Potsdam, nach Wohnlagen differenziert erstellen zu lassen.

Ute Bankwitz
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Derzeit wird nicht nach Unterschiedlichkeiten der Wohnlage differenziert. Dadurch werden auch die Höhen der Mieten z.B. aus dem Bereich der Berliner Vorstadt auch zur Anpassung für den Schlaatz heran gezogen.

Somit werden in den einfacheren Wohnlagen die Mieten künstlich erhöht, weil unter Berufung auf den nicht nach Wohnlagen unterscheidenden Mietspiegel, die Mieten alle 3 Jahre um 20% erhöht werden.